„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application).

Canadas Export gestiegen.

Der canadische Handelsminister berichtete über Canadas wirtschaftlichen Fortschritt, daß, während im Anfang des Jahrhunderts die totale Produktionsfähigkeit aller Industrien nur wenig über 400 Millionen Dollar betrug, diese im vergangenen Jahre beinahe das Neunfache erreichte. Er fügte hinzu: „Von allen Handelsnationen der Welt haben 27 eine stärkere Bevölkerung als Canada, aber nur vier einen größeren Handelsumsatz, und Canada hat pro Kopf den größten Umsatz der Welt."

Bezüglich des Zuflusses von fremdem Kapital in Canada hegte der Minister keine Befürchtungen, daß die Dominion allmählich von einer befreundeten Nation aufgekauft werde. Die Geschichte der ausländischen Geldanlage zeige fast ausnahmslos, daß der Besitzer seinem Kapital in das Land der Anlage folge, und daß mit dem Eigentümer auch das Kapital nationalisiert werde.

Vom gesamten canadischen Betriegskapital gehöre kaum ein Drittel Ausländern. Im Kalenderjahr 1928 erreichte der Außenhandel die enorme Höhe von $2,596 Millionen. Die Ausdehnung des Exports in den letzten Monaetn des Jahres hatte hauptsächlich ihre Ursache in dem beschleunigten Transport- und Marktsystem für die westlichen Ernten. Auch der lebhafte Export von Zeitungspapier, Autos und andren Fabrikanten steigerte die allgemeine Exportziffer beträchtlich.

Die nördlichst gelegene Farm in Saskatchewan.

Das besiedelte Gebiet Saskatchewans reicht, allgemein gesprochen, bis zum Nord-Saskatchewan-Fluß, an dem die etwa 8000 Einwohner zählende Stadt Prince Albert gelegen ist. Nun ist aber noch etwa 225 Meilen weiter nördlich eine modern betriebene Farm gleichsam entdeckt worden, die nördlichste der Provinz, wodurch der Beweis geliefert ist, daß auch in Saskatchewan, wie in der Provinz Alberta, Ackerbau und Viehzucht noch weiter nach Norden vorgeschoben werden können bis mindestens zum 56. Breitengrad. Diese nördlichste Farm Saskatchewans ist bei der Indianer-Missionsstation Beauval. Es ist eine große, aufs beste eingerichtete Farm. Seit 20 Jahren ist dort Getreide erfolgreich angebaut worden, und während dieser ganzen Zeit ist Frostschaden nur dreimal eingetreten und auch dann nur teilweise. Im vergangenen Jahre hat es eine gute Weizen- und Hafererntе gegeben. Alle Arten von Getreide und Blumen sind gezogen worden und sogar ein größeres Feld Tabak. An Vieh werden auf der Farm gehalten: 65 Rinder, 16 Pferde, über 100 Hühner und viele Schweine. Die Farm hat elektrische Beleuchtung und fließendes Wasser in allen Gebäuden, kurz, die ganze Einrichtung ist ähnlich derjenigen auf den modern eingerichteten Farmen in den älter besiedelten Teilen der Provinz und ist selbiterhaltend. Die Kraft für Beleuchtungs- und Wasserleitungszwecke wird durch eine Wasserkraftanlage erzeugt.

Der Beweis ist also erbracht, daß die klimatischen Verhältnisse Nord-Saskatchewans kein Hindernis für erfolgreiche Landwirtschaft sind. Dort ist noch Raum für viele fleißige Ansiedler, die sich nicht scheuen, die mancherlei Beschwerden des Pionierlebens auf sich zu nehmen.

Reiche neue Goldfunde.

Aus Ottawa kamen kürzlich Nachrichten über neue reiche Goldfunde im Norden Ontarios. Entdeckt wurden sie durch Geologen, die von den Canadischen National-Eisenbahnen den Ingenieuren für die Ausmessung neuer Eisenbahnlinien beigegeben wurden. In einem Gebiet hundert Meilen nördlich der großen Querbahn durch Canada wurde an sieben Stellen Goldquarz in Massen gefunden, die einer Ausbeute von mindestens 38 Mark auf die Tonne versprechen. Es wird allgemein angenommen, daß die neuen reichen Goldfelder in ganz wenigen Jahren sämtliche anderen canadischen Goldfundstellen an Ergiebigkeit übertreffen werden. Damit haben die aus allen Ländern und Völkern kommenden Abenteurer, die schwerste Strapazen und persönliche Gefahren nicht scheuen, um durch einen glücklichen Spatenstich oder durch einen Hieb mit der Bestpicke ein Vermögen zu gewinnen, ein neues Ziel gewonnen.

Um die englischen Frauenstimmen.

Die englischen Wahlen im Monat Mai eröffnen zum ersten Mal in England einer Frauenmasse das einst gerade von den Engländerinnen mit so ausgefallenen Mitteln erstrebte Wahlrecht, die an Zahl die der männlichen Wähler überwiegt. England ist ja das Land eines besonders weitgehenden Frauenüberschusses, so daß die bestürzten englischen Männer sich vor einer größeren Frauenzahl sehen, als sie selbst Wähler aufbringen können. Die Folge ist ein lächerlich anmutender Kampf um die Frauengunst. Die konservative Partei Englands setzt gleich 5000 Dollar aus für ein gutes Plakat oder ein zugkräftiges Schlagwort, das auf die Frauen unwiderstehlich wirken soll. Alle Parteien veranstalten große und kleine Versammlungen mit Lautradiosprechern, Sängern und Sängerinnen, Vorlesern, Tees und anderen Lockmitteln, um die Frauen auf die neue Zeit in ihrem Sinne vorzubereiten. Die konservative Partei hat kurz nach Abschluß der Wahlregister in einer Woche 5000 Versammlungen mit 7000 Hauptsprechern abgehalten, in denen zugunsten der Frauen politisches Süßholz geraspelt wurde. Wie man die Frauen dabei einschätzt, zeigt der Ausdruck „Flapper Voters", der sich am besten in Deutsch mit „Backfischwähler" wiedergeben ließe. Die Konservativen rechnen mit der Rettung ihrer Macht durch die Frauenstimmen.

Weltumschau

Reichstag wieder in Sitzung. Der Reichstag ist wieder zusammen getreten. Die kürzlich ernannten Reichsminister Guerard, Stegerwald und Dr. Wirth wurden von Reichskanzler Müller dem Reichstag vorgestellt. Angesichts des Ernstes der Lage und der Unsicherheit bezüglich der Reparations-Verhandlungen in Paris nahm der Kanzler davon Abstand, eine ausgearbeitete Programmrede zu halten und begnügte sich mit der bloßen Vorstellung der neuen Minister.

In einer Sitzung des Haushalt-Ausschusses nahm Reichswirtschaftsminister Dr. Julius Curtius Veranlassung, zu betonen, der gefürchtete Bruch in der Reparations-Kommission sei soweit noch glücklich vermieden worden, so daß die Tür für weitere Verhandlungen immer noch offen stehe. Die Regierung habe sich grundsätzlich jeder Einmischung in die Verhandlungen der Sachverständigen enthalten und die deutschen Delegaten hätten sich vollständiger Freiheit des Handelns erfreut. Die nächsten Tage indeß dürften wahrscheinlich schon die folgenschwere Entscheidung bringen.

Schachts Angebot äußerste Grenze. Ministerpräsident Braun erklärte in einer Sitzung des preußischen Landtags, das deutsche Angebot der Zahlung einer Annuität von 1650 Millionen Mark während eines Zeitraums von 37 Jahren sei viel zu hoch gegriffen und übersteige die deutsche Zahlungsfähigkeit. Angesichts des Darniederliegens der Industrie, der Krise in der Landwirtschaft, der Zahl der Beschäftigungslosen in der Höhe von 2½ Mill. Personen, wie der drückenden einheimischen Steuerlasten seien solche Jahreszahlungen während der Dauer von beinahe zwei Generationen einfach unmöglich, da sie die Norm der Lebenshaltung herabdrücken und andere Völkern einen großen Teil des Kapitals zuführen würden, das zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Produktion des Reichs absolut erforderlich sei. Die bloße Tatsache, daß die deutschen Delegaten auf der Reparations-Konferenz sich zu einem derartig hohen Angebot verstanden hätten, beweise, daß sie bis zur äußersten Möglichkeitsgrenze gegangen seien.

Der Ministerpräsident stellte in Aussicht, daß, sollte nicht im letzten Augenblick vernünftige wirtschaftliche Erwägung in Paris über die politische Selbsttäuschung der Franzosen, wie sie in der Pariser Presse zum Ausdruck komme, den Sieg davontrage, so müsse sich das deutsche Volk mit der Tatsache aussöhnen, daß die Zeit für eine Lösung des Reparationsproblems noch nicht reif sei.

Poincare beharrt auf Frankreichs Forderungen. In einer Ansprache an den Generalrat des Meuse-Departements erklärte Premier Poincare, sollte die Reparationskonferenz scheitern, würde dies nicht die Schuld Frankreichs sein, welches nach Erreichung der Grenze seiner Zugeständnisse durchaus willens wäre, auf den ursprünglichen Dawesplan zurückzufallen.

Die Ansprache des Premiers war die wichtigste politische Kundgabe seit Beginn des Jahres und der erste Kampagneschuß zu den am 5. Mai stattfindenden Munizipalwahlen in ganz Frankreich. Poincare sagte:

„Als Schuldner sind wir stets unseren Verpflichtungen treu geblieben. So wenig träumen wir von ihrer Zurückweisung, daß wir bisher regelmäßig alle vereinbarten Zahlungen an unsere ausländischen Gläubiger erfüllt haben. Es ist indessen nur gerecht, daß wir durch Wiedererlangung unserer eigenen Kriegsschulden die Mittel suchen an unsere früheren Alliierten und Assoziierten.

„Wir beglückwünschten uns schon dazu, daß die undankbaren Fragen der Schulden und Reparationen endlich durch eine allgemeine Verständigung geregelt werden würde, und wir haben das Gefühl, zur Erzielung eines Uebereinkommens unser Teil an Konzessionen beigetragen zu haben. Sollten aber unsere Bemühungen vergebens sein, so müssen wir durch die Macht der Umstände auf Beibehaltung und Ausführung des Dawesplanes beharren.

„Wir sind vollständig zufrieden mit der Ausführung des Dawesplanes. Im Falle einer Neuregelung der Reparations-Jahreszahlungen aber müssen wir auf Gewißheit bestehen, daß Frankreich Zahlungen erhält, die den Annuitäten zur Bezahlung unserer auswärtigen Schulden gleichkommen und bis zu unserer letzten Zahlung sich erstrecken, sowie Entschädigung für unsere eigenen Kriegsschäden geben. Diese Erklärung habe ich öffentlich nicht nur in Chambery und Cannes abgegeben, sondern auch offiziell Deutschland und seinen Gläubigern vor Zusammenkunft der Expertenkommission mitgeteilt, u. damals waren die Ansprüche der anderen Mächte keineswegs im Widerspruch zu den unserigen."

Deutschland besteht auf Verbot von Luftangriffen. Wie in Erfahrung gebracht wurde, trägt die deutsche Regierung sich mit der Absicht, vor der eigentlichen Abrüstungskonferenz wiederum die Vorschläge zur Beratung zu stellen, die von Graf von Bernstorff der vorbereitenden Abrüstungskommission unterbreitet waren, von dieser aber abgelehnt wurden. Der Vorschlag von Bernstorffs bestand darin, daß das Bombenwerfen von Flugzeugen herab aus dem Grunde verboten werden sollte, daß es eine Gefahr für die Nichtkombattanten und die Zivilisation bedeutet.

Die Mitglieder der Kommission waren jedoch der Auffassung, daß der Vorschlag mehr eine Kodifizierung der Kriegsführung als eine Beschränkung der Waffenrüstung bedeute, für welch letztere die Kommission bekanntlich einberufen worden sei, und so stimmten sie mit großer Mehrheit gegen den Bernstorffschen Vorschlag.

Auch die Ver. Staaten stimmten durch ihren Vertreter gegen das deutsche Projekt. Hugh R. Gibson, der amerikanische Vertreter, erklärte seine ablehnende Stimme damit, daß er sagte, der Vorschlag von Bernstorffs sei verfrüht. Er meinte, eines Tages werde vielleicht das Bombardieren aus der Luft verboten werden, aber gegenwärtig sei die Zeit noch nicht reif dafür.

Graf von Bernstorff wies in der Begründung seines Vorschlags darauf hin, daß die moderne Methode des Bombardierens von Flugzeugen aus eine besondere große Gefahr für die Zivilbevölkerung bedeute. Er sagte, daß in irgend einer großen Stadt wie London, Paris, New York oder Berlin durch das Abwerfen von Gas- und Brandbomben innerhalb 2 Stunden eine halbe Million Menschen getötet werden könnte.

Kongreß gegen den Gaskrieg. Die Internationale Sachverständigen-Kommission zum Schutze der Zivilbevölkerungen gegen den Gaskrieg eröffnete in Rom ihre zweite Jahrestagung — die erste fand im Januar 1928 in Brüssel statt — im Doria-Palast. Vertreter Deutschlands, Oesterreichs, Belgiens, Frankreichs, Englands, Polens, Japans, Spaniens, Hollands, Schwedens, der Schweiz, der Tschechei und des Internationalen Roten Kreuzes haben sich zu dem Kongreß eingestellt. Senator Cremonesi, der Präsident des italienischen Roten Kreuzes, hielt die Eröffnungsansprache und wurde zum Kongreßvorsitzenden erwählt.

Wie groß der Schrecken vor dem Gespenst kommender Kriegführung mit Chemikalien und Bakterien in allen Ländern der Welt und wie weit man noch von einem wirksamen Verbot dieser Art Kriegführung entfernt ist, wurde dadurch illustriert daß das Problem von den Delegaten zur Abrüstungsvorbesprechung in Genf hinter verschlossenen Türen besprochen wurde.

Abrüstungs-Vorbesprechung in Genf. Der Amerikaner, Hugh J. Gibson kam in der Abrüstungs-Vorbesprechung mit einem neuen Vorschlag der Ver. Staaten heraus. Er begann seine Rede mit der Erklärung, daß mit der zweiten Lesung des Entwurfs eines Abrüstungskonferenz-Programms die Zeit gekommen sei, da die Hauptseemächte, die einander bisher nur Forderungen vorgelegt hätten, zu gegenseitigen Zugeständnissen schreiten müßten. Und die Einigung könne nur durch ein Höchstmaß solcher Zugeständnisse erreicht werden.

Die amerikanische Regierung überlasse eine Einigung über die Abrüstung zu Lande den daran interessierten Mächten und mache daher nur einen Vorschlag bezüglich der Abrüstung zur See. Sie könne nicht von der im Washingtoner Vertrag festgelegten einzig praktischen Methode dieser Rüstungseinschränkung durch Tonnagebestimmung der einzelnen Kriegsschiff-Kategorien abgehen, stimme daher dem seinerzeit von der französischen Delegation gemachten Vorschlag bei, daß jeder Macht eine bestimmte Gesamttonnage von Kriegsschiffen zugebilligt werden solle, innerhalb derer eine Verlegung des Tonnenverbrauchs beim Flottenbau von einer Schiffskategorie zur anderen statthaft sein solle.

Moskauer Wohnungs-Gesetze. Alle Hausbesitzer und solche Familien, deren Einkommen $1,500 jährlich übersteigt, werden am 1. Oktober dieses Jahres aus ihren Wohnungen gewiesen, wenn sie nicht zu einigen Ausnahmeklassen gehören, sagt ein neues Gesetz, das kürzlich von der Regierung erlassen wurde. Die dadurch gewonnenen Wohnungen sollen an Arbeiter vergeben werden.

Die Ausnahmen von dem neuen Gesetz umfassen in erster Stelle alle Personen, die bis zur Revolution Arbeiter waren und die jetzt von Arbeiterlöhnen leben, und die, deren Wohnungen nicht mehr als 115 Quadratmeter Wohnraum haben.

Andere Ausnahmen sind frühere Hausbesitzer, die jetzt von der Regierung unterstützt werden, Helden der Arbeit, Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und Veteranen des Bürgerkrieges. Alle aktiven Wissenschaftler, Techniker, Professoren, Künstler und Lehrer an den früheren Universitäten fallen ebenso nicht unter die neue Verfügung.

Die Regierung erklärte daß das Gesetz erst am 1. Oktober in Kraft treten würde, damit die betroffenen Bewohner sich neue Häuser bauen könnten, wozu sie indessen ihr eigenes Geld benützen müssen.

Die Kämpfe in China. General Liu Chen Nien hat bei Ninghaichow den Truppen des Marschalls Chang-Tsung Chang eine schwere Niederlage beigebracht. Die geschlagene Armee des ehemaligen Militärgouverneurs von Schantung zog sich in großer Unordnung durch Chefoo zurück. Es heißt, daß Marschall Chang auf der Flucht nach Dairen im japanischen Mandschurei-Gebiet ist und 25,000 Mann Soldaten und Banditen führerlos im nördlichen Schantung zurückgelassen hat. Geschäftsleute und Einwohner befürchten Raub und Plünderung.

General Liu erzielte seinen Sieg durch wiederholte Ausfälle aus der seit Wochen belagerten Stadt unter dem Schutze der Dunkelheit. Die Angriffe brachten große Verwirrung unter Changs Truppen, die in der Dunkelheit sich gegenseitig bekämpften und viele ihrer eigenen Leute töteten.

Schließlich ging der Rückzug in größter Unordnung durch Chefoo. Auf der Flucht warfen viele Mannschaften ihre Uniformen ab, um der Rache der Nationalisten zu entgehen, die ihnen hart auf den Fersen sind. Ein Vertreter Changs hat von den Geschäftsleuten in Chefoo eine Summe von $2,000,000 zu erpressen versucht.

Dänemark erhält Arbeiterregierung. König Christian von Dänemark wird in einer Konferenz der Parteiführer Theodor Stauning, Arbeiter-Premier von 1924 bis 1926, und Führer der Sozialisten auffordern, ein neues Kabinett zu bilden, nachdem die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen den Sieg davon getragen. Das neue Kabinett wird wahrscheinlich bis Montag zusammengesetzt sein, und zwar meistens aus Mitgliedern der früheren Arbeiter-Regierung. Stauning war einst ein Zigarren-Sortierer.

Premier Madsen Myadal der liberalen Regierung, der die Resignation seines Kabinetts einreichte, wurde von dem König ersucht, bis zum Antritt der neuen Regierung im Amte zu bleiben.

Australien droht mit Handelsrepressalien. Die australische Note an die Vereinigten Staaten in Sachen der proponierten amerikanischen Zolländerungen, die als eine Gefahr für den australischen Handel aufgefaßt werden, wurde veröffentlicht.

In dem Dokument wird auf die ungünstige Handelsbilanz Australiens gegenüber den Ver. Staaten hingewiesen und die Möglichkeit einer Ablenkung des australischen Handels von den Ver. Staaten nach England und anderen Ländern, zu denen Australien günstige Handelsbedingungen unterhält, hingewiesen.

Sollten dem australischen Handel weitere Einschränkungen auferlegt werden, wird in der Note angeführt, so würde dieses unvermeidlich zu Gefühlen gegen die amerikanische Handelsvorherrschaft führen, was zu bedauern wäre, da Australien die Pflege gegenseitiger profitabler und freundschaftlicher Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern aufrichtig wünsche.

Es wird darauf hingewiesen, daß sich in den Jahren 1921 bis 1928 die Einfuhr aus den Ver. Staaten nach Australien auf 34 Millionen Pfund stellte, während die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten im gleichen Zeitraum nur einen Wert von $9,000,000 hatte. Die Wollausfuhr nach den Ver. Staaten nahm erheblich ab, während auf der anderen Seite Australien zu einem führenden Markt für amerikanische Automobile und verwandte Branchen wurde, hat sich doch die amerikanische Automobileinfuhr während des letzten Dezenniums von 5 auf 40 Millionen Dollars gesteigert.

Amerikas Beitritt zum Weltgericht. Die Anwendung der sogenannten „Root-Formula" betreffs Erreichung des Zieles, Beitritt der Ver. Staaten zum Weltgericht, wurde von Charles Evans Hughes befürwortet, der nach dem Haag abreisen wird, um seinen neuen Posten als einer der Richter jenes Gerichtshofes anzutreten.

Hughes drückte seine Ansichten anläßlich einer Ansprache auf der Jahresversammlung der American Society für internationale Gesetze aus, deren Präsident er ist. Der Redner äußerte, daß die Ver. Staaten eine viel stärkere Stellung erlangen würden, sofern sie dem Weltgericht als Mitglied beiträten.

Hughes äußerte weiter, daß der Einwand, der Gerichtshof setze sich größtenteils aus Ausländern zusammen, nur zweckmäßig sei, da anderenfalls keine internationalen Streitfragen beigelegt werden könnten, wenn eine Nation darauf bestehen würde.

Hughes kündigte eine Konferenz an, die demnächst abgehalten werden soll in Verbindung mit der Kodifikation des internationalen Gesetzes. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß derartige Gesetze geschaffen werden müssen durch gegenseitige Uebereinstimmung, die sich auf die Meinung der Welt stütze.

Reichsbank erhöht Diskonto. Die allgemeine Spannung auf den Geldmärkten in Zentraleuropa trat neuerdings noch deutlicher hervor, nachdem die deutsche Reichsbank die Diskontorate von 6½ auf 7½ Prozent erhöht hat. Die Erhöhung der Reichsbankrate wurde als eine imperative Zwangsmaßnahme gegen den Abfluß von Geld aus Deutschland nach dem Auslande betrachtet. Einige Kreise deuteten an, daß sogar noch eine weitere Erhöhung der Diskontorate wahrscheinlich sei, sofern die erwartete Rückwirkung auf dem Geldmarkt auf Grund der gegenwärtigen Diskonterhöhung ausbleibt.

Die Aktion der Reichsbank war die vierte Erhöhung von Raten einer europäischen Zentralbank innerhalb einer Woche. Die gegenwärtige Situation wird teilweise dem Stillstand der Verhandlungen auf der Reparationskonferenz in Paris zugeschrieben und teilweise dem Abfluß von Gold nach New York.

Es wird geglaubt, daß die ungarische und österreichische Diskont-Ratenerhöhung in den letzten Tagen auf Grund der Voraussahnung der Aktion der Reichsbank erfolgte, während ein Beamter der Bank von Polen äußerte, die polnische Erhöhung ziele darauf ab, die Reserve an ausländischen Zahlungsmitteln der Bank von Kapitalsübertragung nach den Ver. Staaten zu schützen.

Der Abfluß von Gold nach dem Auslande in Berlin nahm in der letzten Woche besonders zu, hauptsächlich wegen der entgegen gesetzten Nachrichten von Paris. Es wird geschätzt, daß 203,000,000 Mark etwa $50,000,000 von der Reichsbank zurückgezogen wurden seit dem vergangenen Donnerstag. Am 15. April verfügte die Reichsbank über 2,429,866,000 Mark in Gold im Vergleich mit 2,579,525,000 am 8. April und 2,646,874,000 in der Vorwoche. Finanziers sind der Ansicht, daß der Verlauf der Reparationskonferenz nicht allein die Diskonterhöhung der Reichsbank beeinflußt habe.

Schwer ist die Zeit.

Von Josef Stibitz.

Schwer ist die Zeit. Gemeinheit macht sich groß,
In Massen drückt sie alles Hehre nieder.
Nur Spott und Undank ist der Besten Los —
O, kämen doch die Tage starker Menschen wieder!

Heut gilt der Mann nicht, nicht der beste Rat,
Es gilt das Wort nur, Geste und Emphase;
Nichts gilt die Treue, nichts die wackre Tat,
Es gilt der Schein nur, nur der Trug, die Phrase.

Laut schwingt der Wortheld üb'rall sich empor,
Und Schenke, Gasse, Markt sind seine Stätten;
Und wild umbraust vom wüsten Pöbelchor
Muß sich der Edle in die Enge retten.

Der Redefusel schwillt von Ort zu Ort,
Gebraut aus Tagesphrasen niedrer Seelen.
Der schlechte Haufe rühmt sich Volkshort,
Regiert das Land mit Fäusten und mit Kehlen.

O schwere Zeit! Reich an Erbärmlichkeit,
O Pöbelherrschaft voller Not und Schrecken!
Laßt uns zum Himmel beten in dem Leid,
Daß unsere großen Toten auferwecken.

Ex-Senator J. A. Reed prophezeit Krieg.

Franzosen und Briten die Blutsauger Deutschlands.

St. Louis, 18. April. — In Europa geht augenblicklich etwas vor, was schwere Folgen für die Vereinigten Staaten haben kann, sofern wir nicht sehr vorsichtig sind, äußerte Ex-Senator James A. Reed auf einem Bankett vor etwa 800 Verehrern unte Anspielung auf die in Paris tagende Sachverständigen-Konferenz in Verbindung mit der Lösung des schwierigen Reparationsproblems.

Der ehemalige Senator von Missouri übte an der Konferenz scharfe Kritik, an der bekanntlich auch zwei unoffizielle Vertreter der Vereinigten Staaten, Young und Morgan, beteiligt sind. Das gegenwärtige Bestreben der alliierten Vertreter, Deutschland für die Zahlung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten verantwortlich zu machen, bezeichnete Ex-Senator James A. Reed von Missouri als einen Versuch der alliierten Delegierten auf der Pariser Konferenz, die Vereinigten Staaten zusehen zu lassen, wie sie die alliierten Schulden an Amerika eintreiben.

Nennt es den Dawes-Plan, den Root-Plan oder irgend etwas anderes, so erklärte Ex-Senator Reed weiter, so bleibt es dennoch immerhin der Plan Englands und der Plan Frankreichs, aus Deutschland den letzten Tropfen Blut herauszusaugen und er brandmarke einen derartigen Plan. Ex-Senator Reed geriet dabei derart in Ekstase, daß er mit seinem Arm einen Pokal umstieß und zertrümmerte, wobei er sich seine Hand verletzte.

Mit Blut an seinem Finger herunterfickernd, prophezeite Reed Krieg. Es wird eine Zeit kommen, so äußerte Ex-Senator Reed weiter, wenn sich diese unsere Nation mit einem Feinde in einem Verzweiflungskampf befinden wird. Der höchstwahrscheinliche Gegner wird dann die englische Nation sein. Und wenn diese Zeit kommt, dann wird Amerika Freunde brauchen, fügte Ex-Senator Reed weiter hinzu.

Reed deutete dann weiter auf die Möglichkeit an, daß man durch den Reparationsplan Deutschland als einen möglichen Freund vielleicht vor den Kopf stößt, sofern Amerika jetzt nicht vorsichtig sei. Er, Ex-Senator Reed, wünsche, daß die Vertreter der Ver. Staaten nach Hause kommen und zu Hause bleiben. Er wünsche eine amerikanische Politik und keine internationale Politik, so fügte der Ex-Senator von Missouri noch am Schlusse hinzu.

Schwenkung Hoovers in der Schutzzollfrage.

Präsident Hoover hat bereits durch die widerstandslose Zulassung der Herabsetzung des deutschen Auswandereranteils erkennen lassen, daß die Bedeutung seiner Wahlversprechen nicht überschätzt werden darf. Zu diesen gehörte auch die Zusage, daß die in Fluß befindliche Neuprüfung der amerikanischen Zolltarife nicht in eine allgemeine Tariferhöhung ausarten werde. Jetzt aber läßt der Präsident schon erkennen, daß man mit ihm über die Erhöhung der Industriezölle in allen wichtigen Erzeugungszweigen sprechen können wird. Die amerikanischen Industriekapitäne sind nicht damit zufrieden, daß sie durch die Schutzzölle eine bequeme Gelegenheit zur Verbreiterung und Verbilligung der Warenherstellung gewannen und für sich die volle Schwungkraft des inneren Marktes ausnutzen konnten. Ihre Absichten sind jetzt auf den Weltmarkt gerichtet. Der riesenhafte Aufschwung der großen Unternehmungen verlangt Absatzgebiete, die weit über den Umfang des inneren amerikanischen Marktes hinausgehen. Für Deutschland sind diese Bestrebungen von besonderer Gefahr, weil die deutsche Industrie infolge der ungeheuren Belastung mit Steuern, aber auch mit Sozialverpflichtungen trotz der vergleichsweise mit Amerika niedrigeren Löhne schon heute unter größten Schwierigkeiten auf dem Weltmarkte kämpft. Gegen Deutschland und England aber richtet sich der geplante Vorstoß der amerikanischen Industrie. Eine seiner weitreichenden Wirkungen wäre eine neue Gefährdung der Durchführung des Dawestributs.

Deutschland erläßt Einfuhrverbot auf amerikanisches Pökelfleisch.

Washington, 22. April. — Die deutsche Regierung hat ein Verbot gegen Einfuhr von amerikanischem Pökelfleisch (corned beef) erlassen. Wie der amerikanischen Handelskommissär in Hamburg, James T. Scott, kabelte, ist das Verbot schon am 1. April in Kraft getreten, doch können Bestellungen, die vorher aufgegeben waren, bis zum Ende des Monats ausgefertigt werden. Das Verbot ist nicht näher begründet worden.

NORDDEUTSCHER LLOYD
Direkte Dampferlinie nach Halifax und von und nach
Montreal.
Auch regelmäßiger wöchentlicher Dienst von und nach
New York.
Große moderne Schiffe mit vorzüglicher Verpflegung und zuvorkommender Behandlung. Eure eigene Sprache.
Geldüberweisungen
nach allen Ländern Europas in amerikanischer oder Landeswährung zu billigster Rate prompt ausgeführt.
Deutsche, unterstützt eine Deutsche Dampfer-Gesellschaft!
Auskunft unentgeltlich bei allen Lokalagenten oder vom
NORTH GERMAN LLOYD
(G. L. MARON, Western Manager)
654 Main St., Winnipeg, Man.
Oestliches Canada: 1178 Phillips Place, Montreal, Que.
Für das südliche Sask.: 1724 Eleventh Ave., Regina, Sask.
Alberta und British Columbia: 10235—101st Street, Edmonton, Alta.